

**Niederschrift
über die
27. Sitzung des Integrationsbeirates
am 04. Juni 2020
im Sitzungssaal im Neuen Rathaus, Regensburg**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Herr Altuner , Salih		X	
2	Herr Cetinkaya , Nurdogan	X		
3	Herr Enderle , Anton	X		
4	Frau Filipczak , Eva	X		
5	Herr Firat , Nihat		X	
6	Herr Hochholzer , Prof. Dr. Rupert	X		
7	Frau Jundt , Natalia			X
8	Herr Kaunzner , Friedrich	X		
9	Frau Kerbel , Helena		X	
10	Frau Klein , Helmine	X		
11	Frau Kuzenko , Dorina		X	
12	Frau Lang , Julia		X	
13	Herr Paquay Rovira , Pedro	X		
14	Frau Raile , Alma		X	
15	Frau Simmet , Maia		X	
16	Herr Smoljo , Josip		X	
17	Frau Sümen , Songül Gözdem		X	
18	Frau Stabnau , Hae-Gyung	X		
19	Frau Tümerkan , Görkem		X	
20	Frau Yelkenci , Melek	X		
		9	10	1

Vertreter/innen der Stadtratsfraktion:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Stadträtin Kick , Dagmar, SPD-Stadtratsfraktion		
2	Stadtrat Sarik , Haritun, CSU-Stadtratsfraktion	X	
3	Stadtrat Graf , Joachim, ÖDP-Stadtratsfraktion		X
4	Stadträtin Shahedi , Monir, B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion	X	
5	Stadträtin Simon , Bettina, Brücke-Stadtratsfraktion	X	
6	Stadträtin Radler , Kerstin, Freie Wähler-Stadtratsfraktion	bis 18:00	

Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Herr Böken , Ulrich		
2	Frau Haug , Prof. Dr. Sonja		X
3	Frau Hanusa , Helga	X	

Stadtverwaltung:

	Name
1	Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer , Gertrud
2	Herr Rötzer , Wolfgang (Amt für Integration und Migration)
3	Herr Vernim , Matthias (Amt für Integration und Migration)
4	Frau Berkholz , Karoline (Amt für Integration und Migration)
5	Frau Kabashi , Agnesa (Amt für Integration und Migration)

Top 1: Begrüßung und Aktuelles

Berichterstattung: Frau Eva Filipczak

Frau Filipczak begrüßt alle Anwesenden, speziell Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer, die Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates, Herrn Rötzer vom Amt für Integration und Migration sowie alle stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des Integrationsbeirates. Sie verliest die entschuldigt Fehlenden und stellt fest, dass der Integrationsbeirat nicht beschlussfähig ist.

Sie gratuliert Frau Maltz-Schwarzfischer herzlich zur Wahl zur Oberbürgermeisterin und wünscht ihr gutes Gelingen.

Anschließend werden die neu entsandten Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen gebeten, sich kurz vorzustellen. Frau Simon, Herr Sarik und Frau Shahedi stellen sich vor. Alle freuen sich auf die Zusammenarbeit.

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung. Es ist somit genehmigt.

Frau Filipczak fragt nach weiteren Themen, die am Ende der Sitzung besprochen werden sollten. Herr Cetinkaya möchte über ein Plakatmotiv sprechen, mit dem das Haus der bayerischen Geschichte seine Ausstellung „Tempo, Tempo, 1920er in Bayern“ bewirbt. Frau Hanusa möchte über die Beratungssituation in den Gemeinschaftsunterkünften sprechen. Beide Fragen werden am Ende der Sitzung diskutiert.

Frau Filipczak berichtet von den Aktivitäten des Beirats seit der letzten Sitzung im Februar: Zur Kommunalwahl wurden Informationen in fünf Sprachen auf der Homepage der Stadt Regensburg und auch eine Pressemitteilung vom Integrationsbeirat veröffentlicht. Außerdem wurden Pressemitteilungen zum Anschlag in Hanau und zum Start der Internationalen Wochen gegen Rassismus veröffentlicht.

Der Projektantrag zum „House of Resources“, den der Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer an das BAMF gestellt hat, wurde vom Integrationsbeirat durch ein Referenzschreiben unterstützt. Im Vorfeld war der Beirat zudem an Planung und Austauschtreffen zum Projekt beteiligt.

Die Interviewanfrage einer Studentin der OTH zum Thema Rassismus wird voraussichtlich von Herrn Cetinkaya übernommen.

Am 26. und 27.6.2020 findet die jährliche Fachtagung der AGABY statt, diesmal in rein digitaler Form.

Am 8.7.20 findet um 20 Uhr die Sitzung des Sicherheitsbeirates statt. Frau Filipczak kann urlaubsbedingt nicht teilnehmen und fragt nach einer Vertretung. Herr Paquay Rovira wird Frau Filipczak vertreten.

Top 2: Rückblick: Internationale Wochen gegen Rassismus 2020

Berichterstattung: Nurdogan Cetinkaya (AG Politik und Soziales)

Herr Cetinkaya berichtet, dass bis auf eine alle Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden mussten.

Das Attentat in Hanau, aber auch die Tötung des schwarzen US-Amerikaners George Floyd durch einen Polizisten zeigten, wie wichtig Antirassismusbearbeitung sei.

Die Auseinandersetzung damit dürfe und werde nicht enden. Es wird auch im nächsten Jahr vielfältige Veranstaltungen und Aktionen geben.

Herr Vernim ergänzt, dass auch eine Veranstaltung der Antidiskriminierungsstelle und des Bildungsreferats stattfinden konnte, da der Termin noch vor den Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen lag. Es handelte sich um einen gut besuchten Vortrag der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zum Thema: „Rechtsextremismus in Regensburg: Von der Straße ins Parlament?“

Top 3: Interkulturelle Woche 2020: Aktueller Stand

Berichterstattung: Helmine Klein (AG Kultur und Sprache)

Frau Klein berichtet, dass bereits Ende April eine Einladung an alle Vereine und andere Akteure verschickt wurde mit der Bitte um Einsendung von Ideen bzw. konkreten Projekten. Damit folgt Regensburg der Empfehlung des bundesweiten Planungsausschusses, die Wochen trotz Corona stattfinden zu lassen. Frau Klein betont, wie wichtig es sei, dadurch Kontinuität und Engagement zu wahren.

Sie fasst die Rückmeldungen zusammen, die bisher bei ihr eingegangen sind: Herr Ngyuen-Thien plant mit einer Gruppe, in einem Seniorenheim vietnamesische Tänze aufzuführen und dies mit einem kurzen Vortrag zu verbinden. Eine solche Veranstaltung ist aufgrund der strengen Besuchsaufgaben in Seniorenheimen aktuell nicht möglich. Obwohl sich die Lage möglicherweise bis zum Start der Interkulturellen Woche verbessert, sollten Alternativen für eine sichere Durchführung gefunden werden. Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer merkt an, dass einige Seniorenheime über sehr große Säle verfügen, in denen eine Veranstaltung unter Einhaltung der Hygieneregeln evtl. möglich wäre. Frau Stabnau schlägt eine Aufführung im Innenhof eines Heimes vor, während die Bewohner von ihren Balkonen zusehen. Auch andere Plätze im Freien sind denkbar.

Campus Asyl plant am 27.9.20 eine Info-Radtour zu Gemeinschaftsunterkünften im Stadtosten. An mehreren Stationen erfahren die Radler/innen Wissenswertes rund um die Themen Asyl und Engagement. Diese Veranstaltung wurde in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchgeführt und ist „corona-sicher“.

Herr Kaunzner berichtet, dass der Tag der Heimat, der normalerweise vom Bund der Vertriebenen im Rahmen der Interkulturellen Woche organisiert wird, dieses Jahr nicht stattfinden wird.

Frau Stabnau ist in Kontakt mit dem Donau-Einkaufszentrum, um Werke einer südkoreanischen Künstlerin dort auszustellen.

Frau Klein teilt mit, dass Oleg Kuzenko sich bereit erklärt hat, wie im vergangenen Jahr ein Motiv zu gestalten, mit dem die Interkulturelle Woche beworben werden kann. Ob dieses Jahr Programmflyer gedruckt werden, bleibt abzuwarten. Frau Klein hält die Bewerbung mit Plakaten aber für wichtig und sinnvoll.

Frau Filipczak ergänzt, dass vom bundesweiten Planungsausschuss bereits Ideen und Formate aufgeführt werden, die auch digital durchführbar sind. Sie schlägt vor, den Aufruf zur Teilnahme zu wiederholen und dabei die aktuellen Beschränkungen zu berücksichtigen. Herr Vernim wird den Aufruf nochmal über die Verteiler schicken.

Top 4: House of Resources: Aktueller Stand

Berichterstattung: Eva Filipczak, Amt für Integration und Migration

Frau Filipczak erinnert die Runde daran, dass der Integrationsbeirat schon seit langer Zeit das Ziel verfolge, migrantische Organisationen aus ihrem Schattendasein zu holen und ihre Professionalisierung zu unterstützen: Unter anderem wurde gemeinsam mit dem EBW eine Ausstellung organisiert, in der Migrant*innenorganisationen sich vorstellen konnten. Außerdem wurde der Runde Tisch der Migrant*innenorganisationen ins Leben gerufen, um die Wünsche und Bedarfe der Vereine zu diskutieren. Dabei zeichnete sich stets der Wunsch nach einem „Haus der Begegnung“ o.ä. ab.

Diese und andere Aktionen gipfelten im September 2019 in dem einstimmigen Beschluss, die Stadtverwaltung aufzufordern, ein Projekt zur Professionalisierung von Regensburger Migrant*innenorganisationen aufzulegen und dabei ein „Haus der Begegnung“ als wichtiges Teilziel zu berücksichtigen.

Frau Filipczak übergibt das Wort an Herrn Vernim, der die auf den Beschluss folgenden Schritte zusammenfasst: Auf der Suche nach passenden Fördermöglichkeiten zeigte sich schnell, dass das BAMF-Projekt „House of Resources“ die geforderte Professionalisierung und vielfältige anderweitige Unterstützung mit einem tatsächlichen Haus kombiniert und den Forderungen des Integrationsbeirats deshalb am stärksten entspricht. Aktuell existieren bundesweit an 11 Standorten solche Resourcenhäuser mit unterschiedlichen Trägern. Neben Beratung können Vereine dort auch Räume nutzen oder technisches Equipment ausleihen und unkompliziert Fördermittel für eigene Mikroprojekte erhalten. Erfreulicherweise hat das BAMF im April 2020 eine neue Projektausschreibung veröffentlicht. Um ein geeignetes Vorgehen zu besprechen und sich mit möglichen Projektträgern in Regensburg auszutauschen, hat der Integrationsbeirat gemeinsam mit der geschäftsführenden Stelle (noch vor den Corona-Beschränkungen) ein Treffen mit interessierten Vereinen organisiert. Als Ergebnis aus diesen und weiteren (digitalen) Terminen hat der Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer (a.a.a.) mit Referenzschreiben vom Integrationsbeirat, dem Amt für Integration und Migration, Campus Asyl und vom EBW eine Interessensbekundung beim BAMF abgegeben. Die Interessensbekundung ist der erste Antragsschritt für eine Projektförderung. Im Falle einer positiven Rückmeldung muss im zweiten Schritt der tatsächliche förmliche Antrag gestellt werden. Die Interessensbekundung ist fristgerecht beim BAMF eingegangen, eine Rückmeldung steht noch aus. Der geplante Förderbeginn ist Herbst 2020. Herr Cetinkaya erkundigt sich, wie viele Jahre die Projekte gefördert werden. Herr Vernim antwortet, dass eine Förderperiode über drei Jahre geht. Die Mehrheit der bestehenden Standorte ist im Jahr 2019 in eine zweite dreijährige Förderphase gestartet.

Frau Filipczak hofft sehr, dass der Antrag des a.a.a. Erfolg haben wird und bittet alle Anwesenden um kräftiges Daumendrücken. Dies wäre ein schöner Abschluss für den aktuellen Integrationsbeirat vor den Neuwahlen.

Top 5: Beschlüsse: Neuwahl des Integrationsbeirats und Änderungen der Integrationsbeiratssatzung

Berichterstattung: Pedro Paquay Rovira, Nurdogan Cetinkaya (AG Politik und Soziales)

Obwohl aufgrund der fehlenden Beschlussfähigkeit nicht über die Beschlüsse abgestimmt werden kann, bittet Frau Filipczak Herrn Paquay und Herrn Cetinkaya, diese vorzustellen und mit den anwesenden Mitgliedern zu diskutieren.

Herr Paquay Rovira erklärt, dass in der neu gegründeten AG Neuwahlen insgesamt vier Vorschläge zur Änderung der Integrationsbeiratssatzung entstanden sind. Diese würden vor allem die Neuwahlen bzw. die Arbeit des neuen Integrationsbeirats beeinflussen. Der erste Vorschlag sieht die Aufnahme eines Antragsrechts in die Integrationsbeiratssatzung vor:

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, dem Integrationsbeirat ein Antragsrecht einzuräumen, so wie es die ursprüngliche Version der Integrationsbeiratssatzung vorgesehen hatte. Der Beschluss kommt deswegen einer Aufforderung einer Neuauflage der Prüfung eines dem Integrationsbeirat eingeräumten Antragsrechtes gleich. Konkret wird aufgefordert, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderungen fett markiert):

§ 3 Rechte und Pflichten

*(2) **Anträge**, Anregungen, Stellungnahmen, Empfehlungen*

a). Der Integrationsbeirat kann innerhalb seines Aufgabenbereichs (vgl. § 2) in Angelegenheiten, die Menschen mit

*Migrationshintergrund im Allgemeinen oder den Bereich Integration betreffen, im Stadtrat bzw. in den zuständigen Ausschüssen, bei der Oberbürgermeisterin / beim Oberbürgermeister oder bei den zuständigen Referentinnen / Referenten aufgrund eigener Initiative **Anträge stellen**, Anregungen und Empfehlungen aussprechen sowie Stellungnahmen zur Behandlung durch die zuständigen Gremien abgeben.*

(3) Erläuterungsrecht

*Bei der Behandlung von **Anträgen**, Anregungen und Empfehlungen des Integrationsbeirates und bei Angelegenheiten, die von wesentlicher Bedeutung für die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund oder das Thema Integration sind, kann dem/der Vorsitzenden oder einem/r Vertreter/in des Integrationsbeirats im Stadtrat oder in einem Ausschuss des Stadtrates nach den jeweiligen Bestimmungen der Geschäftsordnung die Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden.*

Herr Paquay Rovira berichtet, dass ursprünglich in der Satzung des Beirates ein Antragsrecht vorgesehen gewesen sei, was aber schlussendlich vom Rechtsamt der Stadt Regensburg abgelehnt wurde, da es nicht konform mit der bayerischen Gemeindeordnung sei. Seine Recherchen dazu hätten aber ergeben, dass andere bayerische Integrationsbeiräte in ihren Satzungen ein Antragsrecht verankert haben. Aus diesem Grund sollte die Zulässigkeit eines Antragsrechts in der Satzung erneut geprüft und gegebenenfalls ergänzt werden. Es folgen Wortmeldungen zum Beschluss:

Herr Cetinkaya findet ein Antragsrecht sehr wichtig, um direkter an den Stadtrat herantreten zu können. Bislang sei dies nur über Umwege möglich, was zu unnötiger Verzögerung führe. Frau Filipczak erinnert daran, dass bisher sämtliche Beschlüsse des Beirats, die an die Stadtverwaltung adressiert waren, sehr positiv aufgenommen und auch wohlwollend bearbeitet wurden. Sie findet dennoch, dass durch ein formelles Antragsrecht die Position und auch die Anerkennung des Beirats gestärkt würde.

Herr Prof. Dr. Hochholzer sieht darin ein wichtiges Signal für die Neuwahlen. Dadurch hätte der Beirat nach außen mehr Gewicht.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer merkt an, dass der Integrationsbeirat unter den zahlreichen Beiräten der Stadt eine Sonderstellung einnimmt, da er auch diejenigen repräsentiert, die (ohne kommunales Wahlrecht) nicht vom Stadtrat repräsentiert werden. Auch andere Beiräte, darunter Jugend- und Seniorenbeirat, strebten ein Antrags- bzw. Rederecht im Stadtrat an. Die Oberbürgermeisterin betont, dass die Entscheidung über die Satzungsänderung letztlich im Stadtrat getroffen werde. Außerdem würden auch mit Antragsrecht nicht alle Anträge, auch nicht von Stadträt/innen, tatsächlich im Stadtrat behandelt. Ein Antragsrecht für viele Gremien könne zu einer Überforderung führen. Frau Yelkenci findet, dass ein Antragsrecht ein sehr wichtiges Signal ist und auch nicht zu einer Überforderung der Stadträte führen würde. Zudem wäre es positiv, wenn der Stadtrat häufiger vom Integrationsbeirat hören würde. Auch die anderen Anträge zur Satzungsänderungen sind ihrer Meinung nach sehr sinnvoll und fällig. Sie dankt der AG Neuwahlen sehr für die gute Arbeit und die konstruktiven Vorschläge.

Herr Paquay Rovira stellt den zweiten Vorschlag zur Abberufung stetig abwesender Mitglieder vor

Beschlussvorschlag: Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, die Möglichkeit der Abberufung von stimmberechtigten Mitgliedern in die Satzung festzuschreiben, die auch mit Entschuldigung permanent an den Sitzungen nicht teilnehmen. Konkret wird aufgefordert, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderungen fett markiert):
§ 4 Zusammensetzung und Amtszeit des Integrationsbeirats
(14) Auf Antrag des Integrationsbeirats kann der Stadtrat ein stimmberechtigtes Mitglied abberufen, wenn es innerhalb eines Jahres an drei Sitzungen mit Entschuldigung nicht teilgenommen hat. Der Abberufungsbeschluss bedarf der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Integrationsbeirats. An die Stelle des abberufenen Mitglieds tritt das folgende Ersatzmitglied.

Er erklärt, dass es sich bei der vorgeschlagenen Änderung nicht um einen Automatismus handelt, sondern vielmehr um eine Kann-Regelung. Vor einem so drastischen Schritt würde selbstverständlich das Gespräch mit dem betreffenden Mitglied gesucht werden. Es soll auch niemand ausgeschlossen werden, der gute und nachvollziehbare Gründe für seine häufige Abwesenheit hat. Für den Beschluss ist eine Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Beirats notwendig.

Frau Klein begrüßt den Vorschlag. Die häufige Abwesenheit einiger Mitglieder sei für die Arbeit im Beirat sehr frustrierend. Bei durchschnittlich fünf Beiratssitzungen im Jahr erscheinen drei versäumte Sitzungen für die (mögliche) Abberufung eines Mitglieds angemessen.

Frau Filipczak ergänzt, dass die fehlende Beschlussfähigkeit durch die abwesenden Mitglieder die Arbeit des Beirats blockiere. So könne auch in der heutigen Sitzung keiner der fünf Vorschläge beschlossen werden. Bislang fehle eine Handhabe dagegen.

Herr Prof. Dr. Hochholzer findet den Vorschlag nachvollziehbar, gibt aber zu bedenken, dass einige Mitglieder des Integrationsbeirats auch aufgrund von zwingenden beruflichen Terminen nicht an Sitzungen teilnehmen können. Er selbst konnte an vergangenen Sitzungen häufig nicht teilnehmen, weil er parallel zur Sitzung Lehrveranstaltungen an der Universität hatte.

Frau Filipczak erklärt, dass den Mitgliedern vor einer Abberufung die Gelegenheit gegeben wird, sich zu erklären und dass es sich hierbei um eine Kann-Regelung handele, die im Ermessen des Gremiums liege. Insgesamt stellt die Vorsitzende Zustimmung zum diskutierten Vorschlag fest.

Der dritte Änderungsvorschlag betrifft die Einrichtung eines geschäftsführenden Vorstands.

Beschlussvorschlag: Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, die Einrichtung eines geschäftsführenden Vorstands in der Satzung zu

verankern. Konkret wird aufgefordert, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderungen fett markiert):

§ 6 Vorsitz, Vorstand und geschäftsführender Vorstand

(1) Die stimmberechtigten Mitglieder des Integrationsbeirats wählen in geheimer Wahl mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen (Art. 51 Abs. 3 Gemeindeordnung) aus ihrer Mitte **für jeweils drei Jahre einen Vorstand, bestehend aus einer/einem Vorsitzenden sowie einer ersten und zweiten Stellvertretung. Die Wiederwahl ist zulässig. Es finden die Bestimmungen des Art. 51 Abs. 3 Gemeindeordnung Anwendung.**

(2) Die/Der Vorsitzende beruft die Sitzungen ein und leitet sie.

(3) Die/Der Vorsitzende vertritt den Integrationsbeirat nach außen.

(4) **Die Sprecher/innen der Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppen bilden zusammen mit dem gewählten Vorstand den geschäftsführenden Vorstand. Der geschäftsführende Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Integrationsbeirats zwischen den Sitzungen und bereitet die Sitzungen vor.**

(5) Aufgaben des geschäftsführenden Vorstands sind:

a.) Planung von Arbeitsschwerpunkten

b.) Aufstellung der Tagesordnung der Sitzungen

c.) Er berät Beschlüsse vor und spricht Beschlussempfehlungen aus.

d.) Er nimmt in sonstiger Weise gegenüber der Öffentlichkeit Stellung, wenn eine Einberufung des Integrationsbeirats aus Zeitgründen nicht möglich ist.

e.) Er informiert den Integrationsbeirat über seine Tätigkeiten in der jeweils folgenden Beiratssitzung.

(6) Der geschäftsführende Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

Herr Cetinkaya führt aus, dass der Beirat dadurch handlungsfähiger werden würde und auch kurzfristig tätig werden könnte, wenn eine reguläre Sitzung nicht einberufen werden kann.

An der Vorbereitung der Sitzungen wären auf diese Weise alle AGs beteiligt.

Prof. Dr. Hochholzer berichtet, dass sich ein geschäftsführender Vorstand auch beim Verein Campus Asyl bewährt hätte und die Arbeit sehr erleichtert.

Frau Filipczak stellt insgesamt positive Resonanz fest.

Herr Cetinkaya erläutert den nächsten Vorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, eine Regelung zur Einschränkung der Anzahl der Mitglieder der Gruppe der Ausländer und Ausländerinnen aus demselben Herkunftsland in der Satzung festzulegen.

Die Stadt Regensburg wird aufgefordert, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderungen fett markiert):

§ 4 Zusammensetzung und Amtszeit des Integrationsbeirats

(6) Die stimmberechtigten Mitglieder aus der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer werden von den Wahlberechtigten nach Maßgabe des § 5 gewählt. **Die Anzahl der in den Integrationsbeirat gewählten Ausländerinnen und Ausländer aus demselben Herkunftsland darf nicht 50% der Mitglieder der Gruppe überschreiten.**

Durch die Begrenzung der Anzahl an Ausländervertreter/innen aus demselben Herkunftsland soll die Vielfalt der Regensburger Stadtgesellschaft im Beirat besser abgebildet werden.

Frau Filipczak begrüßt den Vorschlag, zumal die Gruppe der Ausländer/innen die einzige ist, die direkt gewählt wird.

Prof. Dr. Hochholzer erkundigt sich, ob es bzgl. der Notwendigkeit einer solchen Begrenzung Erfahrungen aus anderen Städten gibt. Herr Paquay Rovira berichtet von einem Austausch zu diesem Thema bei der AGABY-Vollversammlung: Es gab in verschiedenen Städten Versuche bestimmter Gruppen, die lokalen Integrationsbeiräte zu unterwandern, so zum Beispiel von den „Grauen Wölfen“ in München. Die 50%-Klausel könne dabei helfen, das zu verhindern.

Herr Vernim erklärt, was das konkret bedeuten würde: Bei der Zusammensetzung des aktuellen Beirats mit 6 gewählten Ausländervertreter/innen dürften maximal drei davon dieselbe Nationalität haben. Es ist zu erwarten, dass die Anzahl der Ausländervertreter/innen im kommenden Beirat steigen wird. Bei 9 gewählten Mitgliedern wären es maximal vier. Bei Überschreitung dieser Anzahl würde ein Kandidat mit anderer Nationalität nachrücken. Insgesamt wird der Vorschlag positiv aufgenommen.

Frau Filipczak dankt der AG Neuwahlen für ihre Arbeit.

Auf die Frage, wann die Neuwahlen zum Integrationsbeirat stattfinden, erklärt Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer, dass diese möglichst im Herbst stattfinden sollen. Vorab muss außerdem aus den jüngsten demographischen Daten berechnet werden, wie groß die einzelnen Gruppen im Integrationsbeirat sein müssen. Entsprechende Beschlüsse müssen im Stadtrat gefasst werden, die nächste Sitzung ist im Juli. Bis dahin sollten die Satzungsänderungen und der Wahltermin vorbereitet sein, um möglichst viel Zeit für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf zu haben.

Top 6: Beschluss: Migrationsgeschichte der Stadt Regensburg sichtbar machen

Berichterstattung: Pedro Paquay Rovira, (AG Politik und Soziales)

Herr Paquay Rovira erläutert den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag: Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, dass sowohl die Museen der Stadt als auch das Stadtarchiv, als zentrale Institutionen städtischer Erinnerungsarbeit, die kommunale Migrationsgeschichte als bedeutsamen Teil der Regensburger Stadtgeschichte betrachten und Dokumente, Interviews, Objekte usw. zur Migrationsgeschichte Regensburgs dauerhaft sammeln, bewahren und diese in der Stadtöffentlichkeit sichtbar machen.

Obwohl Regensburg seit Jahrhunderten von Migration geprägt ist, wird die Migrationsgeschichte in Regensburgs Museen noch zu wenig berücksichtigt. Bundesweit finden sich viele positive Beispiele, wie die Spuren und Zeugnisse von Zuwanderern und Migranten in Ausstellungen oder sogar eigenen Museen zugänglich gemacht werden können, so etwa in München.

Herr Kaunzner erkundigt sich, ob andere Städte sich dabei auf bestimmte Zeitspannen beschränkt haben. Herr Paquay antwortet, dass eine Ausstellung, die er in München besucht hat, zwar die Migrationsgeschichte der Stadt von Anfang an dokumentiert, aber einen Schwerpunkt auf die aktuellen Entwicklungen legt.

Die Oberbürgermeisterin begrüßt den Vorschlag sehr.

Prof. Dr. Hochholzer ist begeistert. Er hat großes Interesse, Projekte in diese Richtung zu unterstützen und möchte sich gemeinsam mit entsprechenden Lehrstühlen und Studierenden der Universität einbringen. Insbesondere der Masterstudiengang „Public History und Kulturvermittlung“ wäre für eine Kooperation bestens geeignet.

Frau Hanusa freut sich ebenfalls sehr über den Vorschlag.

Top 7: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Rötzer berichtet, dass laut Stand 31.12.2019 rund 28.000 Ausländer/innen in Regensburg leben. Damit ist ihr Anteil weiter gestiegen und wird sich voraussichtlich auch in der Zusammensetzung des neuen Integrationsbeirats niederschlagen.

Die Ausländerbehörde der Stadt Regensburg habe während der Corona-Pandemie trotz Kontaktbeschränkungen etwa 1100 bis 1200 elektronische Aufenthaltstitel erteilt bzw. verlängert. Angesichts der Umstände sei dies ein bemerkenswerter Schnitt.

Abschließend werden die zu Beginn der Sitzung angebrachten Fragen von Herrn Cetinkaya und Frau Hanusa behandelt:

Herr Cetinkaya berichtet, dass den Integrationsbeirat ein Hinweis auf ein rassistisches Werbeplakat an der Außenfassade des Hauses der bayerischen Geschichte erreicht hat mit der Bitte, dagegen vorzugehen. Das Plakat zeigt eine schwarze, mit einem Bananenröckchen bekleidete, wild tanzende Person als Kühlerfigur eines Autos.

Das Schreiben wurde von Herrn Cetinkaya an Frau Salameh-Zudock von der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Regensburg weitergeleitet. Darauf folgte ein Briefwechsel zwischen ihr und dem Museum, in dem sie ausführlich erläutert hat, aus welchem Grund das Motiv auf den Betrachter rassistisch wirkt. Im Ergebnis teilte das Museum trotz eingehender Recherche die Ansicht nicht, dass das Plakat rassistisch sei. Dennoch haben sich die Verantwortlichen entschieden, bei einer aufgrund von Corona notwendigen Umgestaltung des Plakats eine andere Darstellung zu verwenden, um die Ausstellung zu bewerben. Eine Kopie des ursprünglichen Motivs wird als Diskussionsgrundlage herumgereicht und mit dem Protokoll verschickt (s. Anlage).

In der folgenden Diskussion wird deutlich, dass die Anwesenden das Motiv klar als rassistisch einschätzen. Auch, dass es sich bei der dargestellten schwarzen Person (der Kühlerfigur) um Josephine Baker handelt, ist für den/die Betrachter/in nicht ohne weiteres zu erkennen. Auch das würde die Darstellung aber nicht weniger rassistisch machen zumal dem Plakat keinerlei erklärende Einordnung beigefügt ist.

Frau Stadträtin Simon zeigt sich sehr verwundert, dass hier beim Museum keine Einsicht herrscht, obwohl seit mindestens 20 Jahren breiter Konsens sei, dass Darstellungen wie auf dem Plakat unangemessen sind. Sie erkundigt sich nach Möglichkeiten, das Museum

bei Planungen zu unterstützen bzw. zu beraten, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass das Haus der bayerischen Geschichte kein kommunales Museum ist, sondern dem bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst untersteht. Aus diesem Grund hält sie es für unwahrscheinlich, dass Ratschläge der Stadt berücksichtigt werden würden. Auch ihr als Oberbürgermeisterin ist der Schriftwechsel zugegangen.

Obwohl das Museum in diesem Fall noch kein Problembewusstsein entwickelt habe, kann das Ergebnis aus Herrn Cetinkayas Sicht als Erfolg gewertet werden. Möglicherweise trage diese Auseinandersetzung auch zur Sensibilisierung innerhalb des Museums bei.

Frau Hanusa berichtet von einem von ihr betreuten jungen Mann, der während der Corona-Beschränkungen große Schwierigkeiten hatte, Kontakt zu Ansprechpartnern für verschiedene Belange aufzunehmen. Sie erkundigt sich, ob und in welchem Umfang derzeit Beratungsmöglichkeiten in den Gemeinschaftsunterkünften angeboten werden.

In diesem Zusammenhang merkt sie an, dass in den Unterkünften derzeit viele auszugsberechtigte Personen wohnen, die in den GUs einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt seien. Außerdem weist sie auf die allgemein beengte und deshalb riskante Wohnsituation in GUs und AnKER-Einrichtungen hin.

Herr Rötzer erklärt, dass die Vor-Ort-Beratung der städtischen Flüchtlings- und Integrationsberatung in den Unterkünften bereits zu Beginn der Pandemie Mitte März unterbrochen wurde. Die Beraterinnen und Berater standen und stehen in dieser Zeit telefonisch, per Mail und mit Termin in dringenden Fällen auch persönlich im Neuen Rathaus in der D.-Martin-Luther-Str. zur Verfügung. Frau Filipczak ergänzt, dass alle Regensburger Migrationsfachdienste, also auch die Jugendmigrationsdienste von KJF und Jugendwerkstatt sowie die Migrationsberatung der Caritas, trotz corona-bedingter Einschränkungen ihrem Beratungsauftrag in Corona-Zeiten selbstverständlich nachkommen. Zu den „Fehlbelegern“ in den Gemeinschaftsunterkünften informiert Herr Rötzer über den neugebauten Wohnblock in

der Benzstraße. Die Wohnungen werden voraussichtlich noch in diesem Jahr bezugsfertig und von der Regierung der Oberpfalz unter anderem an Geflüchtete vermietet. Diese Maßnahme sollte zur Entlastung der Unterkünfte beitragen.

Frau Oberbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer erklärt, dass zu Beginn der Corona-Pandemie alternative Unterbringungsmöglichkeiten für vorerkrankte/vulnerable Geflüchtete geprüft wurden. Aufgrund der angespannten Wohnungssituation in Regensburg konnten allerdings keine Unterkünfte im Stadtgebiet angeboten werden. Das Angebot, Wohnungen im Landkreis Regensburg zu beziehen, wurde aus verschiedenen Gründen schlecht angenommen.

Frau Filipczak bedankt sich für die rege Beteiligung und schließt die Sitzung.

Regensburg,

gez.
Eva Filipczak

1. Vorsitzende

gez.
Karoline Berkholz

für die geschäftsführende Stelle

1920er IN BAYERN



**BAYERNAUSSTELLUNG
26. SEPTEMBER 2020 –
7. FEBRUAR 2021**

**Haus der Bayerischen Geschichte
Dienstag bis Sonntag 9 – 18 Uhr
Montag geschlossen**

Eintritt für alle
Ausstellungen:
Erwachsene
nur 5,00 €,
für Kinder und
Jugendliche ist der
Eintritt frei